

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Verena Osgyan

Staatsminister Markus Blume

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u. a. (SPD)

Anwerbung und Integration US-amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Drs. 19/5980)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleg:innen! Mehrere Wochen sind nun vergangen, seitdem wir als SPD-Fraktion unseren Antrag eingebracht haben. Darin fordern wir von der Staatsregierung eine klare, entschlossene Reaktion auf das, was sich seit der Rückkehr von Donald Trump in das Weiße Haus in den USA abspielt. Was erleben wir da? – Eine autoritär geführte Offensive gegen Teile der Wissenschaft. Was beobachten wir seitdem genau?

(Zuruf von der AfD: Dass es bloß Geschwätz ist!)

– Also belangloses Geschwätz ist das hier sicherlich nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Davon haben wir von euch heute genug gehört! – Volkmar Halbleib (SPD): Dafür seid ihr da drüben Spezialisten!)

US-Bundesmittel und -Forschungsgelder werden politisch instrumentalisiert mit dem Ziel, Studierende mundtot zu machen. An der Columbia University, der Harvard University, der Cornell University und der Princeton University werden Mittel gestrichen oder eingefroren, weil Studierende oder die Fakultäten sich nicht regierungsnahen Vorstellungen von Wissenschaft und Weisungen aus dem Weißen Haus unterordnen wollen. US-Forschungseinrichtungen, insbesondere im Umweltbereich, sehen sich gleichzeitig mit drastischen Mittelkürzungen und Massenentlassungen konfrontiert.

Diese Politik wirkt sich wie ein tektonischer Schock auf die US-amerikanische Wissenschaftslandschaft aus. Eine Umfrage des Magazins "Nature" hat ergeben, dass drei von vier Forschenden die USA verlassen wollen. Projekte werden überprüft, ob sie überhaupt noch durchführbar sind. Ganze Karrieren stehen auf dem Spiel und mit ihnen ein Schatz an Wissen, Know-how und wissenschaftlichem Potenzial, der gerade dabei ist, verloren zu gehen.

Was für die amerikanische Gesellschaft tragisch genug ist, muss von einem Land wie Bayern in seiner freundschaftlichen und historischen Verbundenheit zu den USA als Verpflichtung verstanden werden. Aber es ist auch eine Chance für unsere eigene Wissenschaftslandschaft. Unser Antrag war ein konkreter Vorschlag: Bayern soll ein noch hellerer Leuchtturm der Wissenschaftsfreiheit werden. Wir wollen ein gezieltes Initiativprogramm, um gefährdete Forscher:innen und talentierte Studierende aus den USA für unseren Wissenschaftsbetrieb und nicht zuletzt für unsere Wirtschaft zu gewinnen. Dieser Antrag war also nicht nur gut gemeint, sondern fachlich wie strategisch notwendig. Er entsprach exakt den Zielen, die sich die CSU in ihrem Koalitionsvertrag mit uns im Bund selbst gesetzt hat.

Während Bayern weiter evaluiert, prüft und abwartet, handeln andere längst. Baden-Württemberg, Berlin und selbst unsere französischen Nachbarn haben gezielt Programme zur Aufnahme und Förderung von US-Wissenschaftler:innen aufgelegt. Bayern wartet wieder mal auf einen Bericht.

Nun behauptet die Regierungsfraktion zur Begründung der Ablehnung, man wolle keine vorschnellen Schritte unternehmen. Kolleginnen und Kollegen, das wird der Dringlichkeit der Lage nicht gerecht; denn hier sind keine Debatten oder Protokolle bedroht, sondern es sind Karrieren, Existenzen, Lebensläufe. Diese Menschen können nicht wochenlang warten, bis hier eine strategische Einschätzung gefunden wurde.

Auch die im Ausschuss gefallene Aussage, unser Wissenschaftssystem sei momentan gar nicht in der Lage, kurzfristige Anwerbungen in Gang zu bringen, muss dementiert

werden. Es geht nicht darum, ausstudierte Doktorand:innen oder Professor:innen an unsere Universitäten zu holen. Es geht darum, jungen Menschen in der Abschlussphase ihrer Promotion eine Anstellung zu ermöglichen, damit sie in Bayern ihren Abschluss machen können. Es geht darum, hoch qualifiziertes Personal, etwa aus US-Behörden wie der Environmental Protection Agency, in unsere außeruniversitäre Forschung zu integrieren, um von dessen Fachwissen zu profitieren. Bayern hätte davon einen echten Wissensgewinn.

Es mangelt nicht an Vorbildern. Eine bayerische Version der Philipp-Schwartz-Initiative, angelehnt an das bewährte Programm der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, wäre eine Möglichkeit, Forscher:innen aus Systemen mit repressiven Tendenzen gegen die freie Wissenschaft gezielt Schutz, Anschluss und Zukunft zu bieten. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns doch: Immer dann, wenn ein Land bereit war, verfolgten Wissenschaftler:innen Schutz und Perspektive zu geben, kam diese Hilfe hundertfach in Form von Erkenntnis, Innovation und nicht zuletzt wirtschaftlicher Stärke zurück. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Weitzel. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Kolleginnen und Kollegen! Wissenschaft macht die Stärke Bayerns aus. Ja, Frau Kollegin Weitzel, in dem Punkt sind wir uns einig, glaube ich: In der Entwicklung in den USA ist auch eine Chance gegeben. Aber diese Chance nehmen wir nicht mit kurzfristigem Aktivismus wahr; Ihr Antrag versucht zu erreichen, dass man schnell irgendwie irgendetwas tut. Sondern diese Chance können wir wahrnehmen, und wir nehmen sie wahr, weil Bayern seit Langem eine kluge Strategie verfolgt und weil wir die Struktur geschaffen haben, sodass Bayern gerade in einer solchen Situation für Spitzenwissenschaftler und Spitzenforscher aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern attraktiv ist.

Meine Damen und Herren, schauen wir zunächst einmal auf Bayern. Die Strategie, die Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg stark gemacht hat, war insbesondere eine Strategie von Hochschulgründungen in der Fläche des Landes, unter der Verantwortung der CSU. Diese Strategie zahlt sich aus. Sehen Sie sich die Universitätsstädte und die Hochschulstädte an. Um die Hochschulen herum entstehen Aktivität, wirtschaftliche Prosperität, Diskussion, Diskurs, und es entwickelt sich auch die demokratische Struktur. Insbesondere diese Strategie nach dem Zweiten Weltkrieg hat Bayern stark gemacht.

Wenn wir heute in die USA schauen, dann ist aus meiner Sicht völlig klar, dass der Kampf, den die Trump-Administration gegen Spitzenuniversitäten und Spitzenforschungseinrichtungen zum Teil aus ideologischen Gründen führt, den Vereinigten Staaten langfristig schaden wird. In der Tat liegen darin Chancen für Europa und für uns; denn insgesamt gibt es eine Entwicklung dahin, dass Spitzenwissenschaftler nach Bayern und nach Deutschland kommen.

Wissenschaft ist international. Wir werden Spitzenforscher und Professoren aus den Vereinigten Staaten in erster Linie nicht durch irgendwelche Sonderprogramme gewinnen, sondern wir gewinnen sie durch Kontakte, die unsere Hochschulen und unsere Universitäten seit Langem aufgebaut haben. Die konkreten Kontakte führen dazu, dass wir interessant werden.

Es geht nicht darum, dass wir irgendjemanden nach irgendwohin anwerben, sondern dass unsere Universitäten und unsere Hochschulen von den Wissenschaftlern seit Langem als Orte wahrgenommen werden, in denen Spitzenforschung stattfindet und die in einer solchen Situation als Möglichkeit interessant werden. Ich bin überzeugt davon, dass wir diese Spitzenforscher, dass wir diese Wissenschaftler nicht dadurch gewinnen, dass wir bürokratische Strategien verfolgen, sondern dass wir wie in den letzten Jahren konkret Strukturen verändern: mit einer Hightech-Strategie, die unsere Universitäten stark gemacht hat, mit einem Hochschulinnovationsgesetz, das Flexibilität gefördert hat, mit einer Verantwortung vor Ort, welche die Verantwortung zur

Gewinnung von Spitzenforschern und Spitzenakademikern beinhaltet, durch Entbürokratisierung und durch die Verbesserung der Begleitung von Wissenschaftlern, die nach Deutschland und nach Bayern kommen, wenn sie hier Wurzeln schlagen.

Nicht zum Erfolg führt dagegen, wenn wir versuchen, Hochschulen einzuzwängen, wenn wir an die Besonderheiten des akademischen Systems, der Forschung, der Lehre, der Universitäten und Forschungseinrichtungen – nämlich, dass durchaus Stellen auf Zeit besetzen werden müssen, damit das System im Fluss bleibt – mit den Rezepten von anderen Bereichen herangehen. Das berücksichtigt Bayern. Ich bin überzeugt davon, dass wir die Chancen, die sich aus der jetzigen Situation ergeben, besser nutzen können, wenn wir den Weg, den das bayerische Wissenschaftsministerium seit Langem schon verfolgt, konsequent weitergehen, als dass wir hier kurzfristig aktivistisch auftreten.

Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir wichtig: Ja, ich halte die Strategie, die in den USA gegenüber Universitäten verfolgt wird, für falsch; aber die internationalen Kontakte, die fast alle bayerischen Hochschulen auch zu amerikanischen Universitäten und Forschungseinrichtungen haben, sollten wir gerade in dieser Situation stärken. Wir sollten diejenigen stärken, die ihren Forschungsinteressen in den USA weiter nachgehen und die dortigen Strukturen am Laufen halten; denn auch in der Zukunft werden wir die Internationalisierung der Wissenschaft als Chance begreifen müssen. In Zukunft werden wir und unsere Universitäten die Kontakte in die Vereinigten Staaten brauchen.

Deshalb werden wir – obwohl wir die Chancen sehen, Frau Kollegin, die diese Situation bietet – an dieser Stelle nicht Ihrem Weg folgen, sondern wir werden unseren Weg konsequent weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bausback. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Beim Antrag der SPD-Fraktion geht es darum, ein Konzept zur Anwerbung von Wissenschaftlern aus den USA zu entwickeln. Hintergrund sind angebliche Kürzungen von Forschungsgeldern durch die Regierung von Donald Trump und das Department of Government Efficiency unter Elon Musk. Dass Elon Musk schon seit einiger Zeit nicht mehr für die Regierung Trump tätig ist, ist geschenkt. Der Antrag ist schon etwas älter. Es gibt aber noch genügend Punkte, die gegen diesen Antrag sprechen, keine Sorge.

Es fängt damit an, dass es in weiten Teilen ein reiner Schaufensterantrag ist, der Dinge fordert, die es so oder so ähnlich nämlich schon gibt. Ich zitiere aus ihrem Antrag:

"Einrichtung unterstützender Infrastrukturen, wie einer Agentur zur schnellen Integration von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern."

Es gibt bereits Institutionen wie den Deutschen Akademischen Austauschdienst oder die Humboldt-Stiftung, das Max-Planck-Institut usw., die internationale Wissenschaftler anwerben und mit Fördergeldern auch auf EU-Ebene ausgestattet sind.

Nächster Punkt: Fast-Track-Programme zur schnellen Visa- und Einwanderungsabwicklung. Es gibt die EU Blue Card, es gibt nationale Visa für Hochqualifizierte. Das ermöglicht jetzt schon eine schnelle Einwanderung. Für wissenschaftlich qualifizierte Fachkräfte gibt es sogar eine Sonderregelung im Aufenthaltsgesetz, nämlich § 18c Absatz 3.

Nächster Punkt: Förderung familienfreundlicher Rahmenbedingungen, zum Beispiel Kindergeldzuschüsse. Familienfreundliche Rahmenbedingungen sind ein gutes Thema, allerdings nicht nur für ausländische Wissenschaftler, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. Kindergeld gibt es schon. Ob das ausreichend ist, ist eine andere Frage. Darüber können wir gerne diskutieren. Falls hier eine Bevorzugung von

ausländischen Wissenschaftlern gegenüber den einheimischen Bürgern geplant ist, ist das wieder einmal sehr bezeichnend.

Die entscheidende Frage ist aber eine völlig andere. Es glaubt wirklich niemand, dass wir Spitzenforscher aus den USA tatsächlich nach Deutschland abwerben können, bzw. es glaubt doch niemand ernsthaft, dass die USA innovative und zukunftsweisende Forschung wirklich werden ziehen lassen.

Sehen wir uns doch einmal an, wie die geplanten Kürzungen genau aussehen: In erster Linie sind große Behörden von den Kürzungen betroffen, die teilweise für die Freigabe von Forschungsgeldern verantwortlich sind, zum Beispiel Gesundheitsbehörden. Ziel der Kürzungen ist in erster Linie der Personalapparat als größter Kostenfaktor, der sogenannte Wasserkopf. Belege dafür, dass tatsächlich Forschungsgelder, zum Beispiel für Krebs- oder Parkinsonforschung, gestrichen werden, habe ich nicht gefunden. Es tut mir leid.

Dass weniger Geld in die Forschung zum Thema Corona investiert wird, liegt schlicht und einfach daran, dass die sogenannte Pandemie vorbei ist, so sehr es der eine oder andere hier bedauern mag. Diejenigen Wissenschaftler, die sich über eine Verschlechterung der Bedingungen in den USA beschwerten, sind hauptsächlich in Disziplinen unterwegs, die einen eher fragwürdigen Nutzen für die Gesellschaft haben: Genderforscher, sogenannte Klimaforscher, Faschismusforscher, was es nicht alles gibt. Davon haben wir in Deutschland eher zu viel als zu wenig.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dass man diesen als Wissenschaftlern getarnten linken Agitatoren den Geldhahn in den USA zudreht, sollte für uns eher Vorbild sein, als uns dazu zu animieren, solchen Leuten die Möglichkeit zu geben, ihre Agitation mit bayerischen Steuergeldern fortzusetzen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Positive Impulse für den Wissenschaftsstandort Bayern sind durch solche Maßnahmen nicht zu erwarten. Wir brauchen in Deutschland keine Genderforschung, wir brauchen keine sogenannte Klimaforschung oder Ähnliches. Um zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir Ingenieure, Naturwissenschaftler, Mediziner und Remigrationsforscher. Gerade diese werden die USA sicherlich nicht ziehen lassen.

Zum Schluss sei mir noch eine Bemerkung zum Thema Freiheit von Lehre, Forschung und Wissenschaft erlaubt: Es wird in der Antragsbegründung geradezu so getan, als wäre in den USA eine Diktatur ausgebrochen, als würde es keine Wissenschafts- und Forschungsfreiheit mehr geben. Doch wenn man einmal genau hinsieht, dann stellt man fest, dass wir dabei in Deutschland Defizite haben und dass es kritischen Wissenschaftlern alles andere als leicht gemacht wird. Ich erinnere an die Ereignisse an der Universität Würzburg, wo zwei renommierte Dozenten von linksextremen Studenten in Zusammenarbeit mit der Hochschulleitung gecancelt werden sollten, weil diese beiden Dozenten nicht links genug waren. Bevor man also mit dem Finger auf andere Länder zeigt, sollte man erst einmal vor der eigenen Haustür kehren.

Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Prof. Michael Piazolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sehr nachvollziehbar, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. So wie Präsident Trump mit den Hochschulen, gerade auch den Spitzenhochschulen in den USA umgeht, ist klar – die Zahlen sind ja genannt worden –, dass viele Forscher sich überlegen, ob die USA für sie noch der richtige Platz ist. Es ist auch klar, dass da in vielen Ländern – möglicherweise auch an bayerischen Hochschulen und Universitäten – die Augen recht groß werden und man sagt: Da gibt

es eine Chance. Wie könnte es uns gelingen, diese jungen Wissenschaftler – auch gerne ältere Wissenschaftler – zu uns zu bekommen? – Das ist auch nachvollziehbar.

Nun ist aber die Frage, was man macht. Wir als Regierungsfractionen haben jetzt gesagt: Schauen wir doch erst einmal, was in Bayern schon getan wird. Wir trauen unseren Universitäten und Hochschulen natürlich zu, dass sie sich selber Gedanken machen. Sich Gedanken zu machen, wie wir Forscher gewinnen, ist übrigens der Job von denjenigen, die dort angestellt sind. Vorher hat der Kollege gesagt, dass es dort auch gute und intensive Beziehungen und Ideen gibt.

Wir haben deshalb gemeinsam einen Berichts Antrag gestellt und wollten uns erst einmal informieren. Das geschieht auch. Wenn ich es aus dem Ministerium richtig vernommen habe, dann ist der Bericht mehr oder weniger fertig. Jetzt ist nur noch der SPD-Antrag dazwischengekommen; das schadet aber nichts. Wir behandeln ihn jetzt hier parlamentarisch.

Ich glaube auch – das ist auch eine Intention des Antrags –, dass es grundsätzlich durchaus sinnvoll ist, Hilfestellungen zu geben. Wir müssen aber schon aufpassen, nicht über das Ziel hinauszuschießen. In dem Antrag ist schon einiges verborgen, von dem man sagen muss: Naja, da müssen wir schon aufpassen.

Erstens: die im Gesetz festgelegte Hochschulautonomie. Zunächst einmal sind die Hochschulen zuständig. Sie sind da meines Erachtens auch schon sehr, sehr aktiv. Sie agieren auch unterschiedlich. Es ist auch unterschiedlich, welches Fach angesprochen wird, welche Einrichtung usw. usf.

Zweitens: Wissenschaftsfreiheit. Die Hochschulen haben natürlich das Recht, ihr Personal auszusuchen. Es ist auch wichtig, dass sie das tun. Wir sollten da nicht von außen eingreifen.

Drittens. Gerade wenn es um die Auswahl geht, ist sehr entscheidend: Wir haben natürlich auch hoch qualifizierte Wissenschaftler hier im eigenen Land, die leider zuhauf

auf Zeitverträgen sitzen und sich sehnlich eine Anstellung wünschen. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken – und auch nicht entsprechende Vorkehrungen treffen –, dass Wissenschaftler, die aus dem Ausland kommen, jetzt vielleicht bevorzugt werden. Das steht nicht im Antrag drin; ich möchte das nicht falsch auslegen.

Trotzdem gilt gerade uns Hochschulpolitikern unser besonderes Augenmerk denen, die bei uns, an unseren Hochschulen sind, dort ausgebildet werden und teilweise auf Verträgen sitzen, mit denen sie nicht wissen, was in einem halben Jahr geschieht. Deshalb ist es ganz wichtig – das ist gerade Politik der Regierungsfractionen –, Möglichkeiten zu Festanstellung und weiterem Karriereweg zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Viertens. In dem Antrag ist vieles versteckt, was mit Landesrecht gar nichts zu tun hat, sondern bundesrechtlich zu regeln ist. Es ist nett, dass es Erwähnung findet. Wir können darauf aber keinen Einfluss nehmen.

Insofern rate ich uns alles in allem dazu, natürlich das Thema zu behandeln und diese Chance wahrzunehmen, aber nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten und dann hier im eigenen Land teilweise vielleicht sogar Frustrationen zu wecken. Warten wir deshalb den Berichtsantrag, der noch vor der Sommerpause kommt, ab. Wir lesen ihn durch, dann ziehen wir die entsprechenden Konsequenzen.

Ich bin sicher, Bayern ist jetzt schon wissenschaftlich stark. Durch den einen oder anderen amerikanischen Wissenschaftler werden wir noch einiges gewinnen. Wir sollten aber auch selbstbewusst genug sein und sagen: Wir sind schon gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Verena Osgyan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Es ist unstrittig: Weltweit geraten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – und damit auch die Wissenschaftsfreiheit – zunehmend unter Druck. Autokratische und diktatorische Regime schränken Forschung gezielt ein und instrumentalisieren sie – nicht nur, aber auch in den USA. Seit der Präsidentschaft von Donald Trump gab es massive Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit, begleitet von drastischen Kürzungen in so wichtigen Bereichen wie – um nur einige Beispiele zu nennen – Klimaforschung, Meteorologie, Impfforschung oder Krebsmedizin.

Als Reaktion darauf überschlugen sich bereits Anfang des Jahres die Meldungen einiger deutscher Forschungsinstitutionen und Wissenschaftsorganisationen. Sie haben öffentliche Appelle an die Staatsregierung und die Bundesregierung gerichtet, entsprechende Programme aufzulegen, um US-Spitzenforscherinnen und -forscher nach Deutschland zu holen. Auch der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Patrick Cramer sah hier Handlungsbedarf.

Es ist richtig, was genannt wurde: Andere Länder wie Frankreich – oder auch Bundesländer wie Baden-Württemberg – haben bereits Programme aufgelegt. Die Wirkung ist aktuell noch schwer einzuschätzen. Nach Angaben der Max-Planck-Gesellschaft haben sich aber in den letzten Monaten die Bewerbungen aus den USA verdreifacht. Das ist eine Menge. Viele Spitzenforscherinnen und -forscher sind auf dem Absprung.

Die Idee, international gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gezielt anzusprechen, ist naheliegend. Inzwischen haben immerhin auch so prominente Akademiker wie Timothy Snyder und Jason Stanley Yale verlassen und sind nach Toronto gewechselt. Das muss einem zu denken geben. Sie waren in Yale die Aushängeschilder.

Stanley hat allerdings auch jüngst auf die Frage gesagt, ob er sich eine Professur in Deutschland vorstellen könne, "Frankfurter Rundschau", 03.04.2025:

"[E]s ist schwer. In Deutschland eine Professur zu bekommen, ist fast unmöglich.
[...] [D]as ist kein akademischer Markt, das ist ein Prekariat."

Das ist ein hartes Urteil.

Ich glaube, da liegt das Problem, das wir in dem SPD-Antrag nicht behandelt sehen. Er ignoriert die Bedingungen, unter denen Wissenschaft in Deutschland abläuft – gerade für all jene, die noch keine Professur haben. Der akademische Arbeitsmarkt ist extrem eng. Wir haben das auch bei uns im Ausschuss schon häufig diskutiert. Seit Jahrzehnten fordern Forscherinnen und Forscher zu Recht bessere Perspektiven.

Stattdessen zwingt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz nach wie vor viele von ihnen immer noch – spätestens nach zwölf Jahren – zum Ausstieg aus der universitären Forschung. Kolleginnen und Kollegen, das würde auch amerikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler treffen; es sei denn, sie erreichten hier eine Professur oder einen Lehrstuhl. Wer keinen äußerst seltenen unbefristeten Vertrag erhält, müsste das Wissenschaftssystem und womöglich gleich das Land verlassen, weil das Visum meist an den Arbeitsvertrag gekoppelt ist.

Dennoch ist Deutschland attraktiv. Hier stößt aber die Vorstellung auf Unverständnis, unter diesen Bedingungen amerikanische Forscherinnen und Forscher mit Bonuszahlungen zu locken. Wir müssen schon aufpassen, dass das System nicht in Schiefelage gerät und eine klare Ungleichbehandlung auftritt. Es wäre schlicht unsozial. In vielen Medien wird die Idee von Bonuszahlungen und Ähnlichem bereits kritisiert. Zahlreiche Tageszeitungen haben warnende Stimmen dazu veröffentlicht. Solche nicht zu Ende gedachten Maßnahmen würden das deutsche Forschungsökosystem langfristig destabilisieren und einheimische, aber auch internationale Talente eher abschrecken.

Alles in allem: Was brauchen wir, um Anwerbung nicht als reines Anlocken zu gestalten, sondern erfolgreich zu machen? – Wir brauchen Stellen. Für mich ist da die Ankündigung der Bundesregierung – recht viel mehr ist es aktuell nicht –, ein 1.000-Köpfe-Programm auf die Beine zu stellen, schon ein Hoffnungsschimmer; er muss

natürlich noch ausgestaltet werden, das ist klar. Die Bayerische Staatsregierung ist jetzt aufgefordert, dieses Programm konsequent zu nutzen, an ihm anzudocken, hier in Bayern Stellen zu schaffen und mit dem Bund abgestimmt voranzugehen.

Wir GRÜNE haben einen eigenen Antrag nach einem Sonderprogramm Wissenschaftsfreiheit gestellt. Wir haben den Antrag jetzt zurückgestellt; zum einen, um einen validen Bericht zu bekommen, zum anderen, weil wir hoffen, dass das Bundesprogramm Fahrt aufnimmt und wir die entsprechenden Maßnahmen dann zielgerichtet treffen können.

Unser Fazit in der Sachfrage: Man darf nicht nur auf die Spitzenforscherinnen und -forscher gucken, man muss auf alle Karrierestufen sehen. Wir dürfen auch nicht ausschließlich auf die USA sehen, sondern müssen auch sehen: Wo gibt es sonst noch Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit? Welche jungen Talente können wir nach Deutschland holen?

Viele dieser Aspekte sind in dem Antrag der SPD aber leider nicht gegeben. Deswegen würden wir ihn wie im Ausschuss ablehnen. Aber das exkulpiert die Staatsregierung natürlich nicht, etwas vorzulegen und auch zu handeln. Das ist auch klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. – Frau Kollegin Katja Weitzel, bitte.

Katja Weitzel (SPD): Liebe Kollegin Osgyan, vielen Dank. Ich habe das jetzt vernommen, allerdings irritiert mich das ein bisschen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir in diesen Antrag etwas von Bonuszahlungen geschrieben haben. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass drinsteht, ausschließlich Spitzenforscher:innen anzuwerben. Ich hoffe, dass wir uns da sehr einig sind, vielleicht das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Es geht darum, Strukturen zu schaffen. Der Antrag beschäftigt sich nicht primär mit dem Grundproblem, das wir hier haben; dem gebe ich recht. Das sehe

ich auch so. Es stimmt, dass die Wissenschaftslandschaft, was Arbeitsbedingungen angeht, hier nicht so gut aufgestellt ist wie in anderen Ländern. Das verneinen wir nicht, aber darum geht es im Antrag doch gar nicht. Mein Petitum wäre: Das eine tun, aber das andere nicht lassen. Sie haben ja gerade eben selbst die Staatsregierung aufgefordert, hier tätig zu werden.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin, vielen Dank noch einmal für die Präzisierung. Ich glaube, wir müssen aber das eine tun und das andere auch tun, sonst wird kein Schuh daraus. Wenn wir jetzt schnelleren Zugang zu Tenure-Track-Programmen und eine Fast-Track-Visa-Erteilung wollen, so ist das alles gut. Wenn es aber keine entsprechenden Stellen und keine entsprechende Ausfinanzierung gibt, dann wird das unser Wissenschaftssystem auf der einen Seite unter Druck setzen, auf der anderen Seite automatisch Frust und Enttäuschung bei angeworbenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auslösen, wenn wir nicht halten können, was wir versprechen.

Deswegen glaube ich, wir müssen entweder sagen, Bayern geht voll rein und schafft eigene Stellen, oder müssen einen Schritt zurücktreten und uns an den Bund andocken. Mit reinem Anlocken kommen wir nicht weiter. Das ist für mich an der Stelle einfach noch nicht zu Ende gedacht. Wenn man die entsprechenden Organisationen und die Stellungnahmen von "IchBinHanna" hört, dann geht das alles in die Richtung, dass wir Stellen brauchen und am Grundproblem ansetzen müssen. Da halte ich momentan die Initiative des Bundes für einen Ansatz, den man abwarten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Markus Blume um das Wort gebeten.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut und wichtig, dass wir uns über ein solches Thema auch hier im Hohen Haus austauschen. Allerdings will ich auch das eine oder andere

hier zur Einordnung teilen. Alarmierend war, was wir vor dreieinhalb Wochen erleben durften, als die wissenschaftliche Weltelite zur Nobelpreisträgertagung im Fach Chemie nach Lindau an den Bodensee gekommen ist. Die ganze Welt war da, aber ein Teil aus Amerika war nicht da. Zehn herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler hatten zwar eine Einladung nach Lindau, deren Universitäten haben aber diesen Wissenschaftlern abgeraten, die Vereinigten Staaten zu verlassen, weil die Sorge zu groß war, dass sie anschließend nicht mehr einreisen könnten.

Ich kann nur sagen: Es ist schon echt herb, dass eine der führenden Demokratien der Welt Wissenschaftsfreiheit so kleinschreibt, wie das in den Vereinigten Staaten passiert. Das kann uns nicht kaltlassen. Deswegen war von der ersten Stunde an klar, dass wir als deutsche Wissenschaftspolitiker auch deutlich machen: Wir stehen in diesen Zeiten an der Seite der amerikanischen Institutionen und der amerikanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wissenschaft lebt von Freiheit und Kooperation gleichermaßen, und solch einen Rückbau von Wissenschaftsfreiheit darf es nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Gleichwohl ist der Antrag, liebe Frau Weitzel, nicht geeignet. Der Antrag ist nicht geeignet, weil er von falschen Grundannahmen ausgeht. Sie schildern hier ein Szenario, wonach die Vereinigten Staaten von Amerika vor einem Quasi-Massenexodus von Forscherinnen und Forschern stehen. Das ist nicht der Fall, und ich habe mit ganz vielen gesprochen.

Man kann den Gründen gerne nachgehen, warum das so ist. Am Ende muss man froh sein, dass es diesen Massenexodus nicht gibt; denn wir wollen die amerikanischen Institutionen, die auch Partnerorganisationen unserer Hochschulen sind, nicht schwächen, sondern wir wollen dafür sorgen, dass sie auch stabil bleiben. Vielleicht muss man auch einmal die Frage beantworten, wie denn eigentlich die Bedingungen für

Wissenschaft und Forschung auf dieser Seite des Atlantiks und eben bei uns sind; dazu sage ich nachher noch etwas.

Der Hauptgrund, warum wir Ihrem Antrag nicht beipflichten können, ist aber, dass Sie auch von falschen Voraussetzungen und falschen Vorbildern reden. Da Sie hier im Hohen Haus sagen, wir sollten uns ein Beispiel an Berlin nehmen – Sie haben wirklich Berlin genannt –, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist genau der Punkt, an dem man merkt, wo der Unterschied ist. Berlin hat eine Webseite für internationale Wissenschaftler geschaltet, die doch bitte nach Berlin kommen sollen. Aber zur selben Zeit berät der Berliner Senat darüber, dass 10 % der Mittel an den Berliner Hochschulen eingespart werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

An den Berliner Hochschulen findet Rückbau statt. An den Berliner Hochschulen gibt es nicht mehr Stellen, sondern es gibt weniger Stellen. An den Berliner Hochschulen heißt es nicht Vorfahrt für internationale Forscherinnen und Forscher, sondern Rückbau von Strukturen. Ich kann nur sagen: Das ist das komplette Kontrastprogramm zu Bayern. Wir wollen keinen Berliner Weg gehen, sondern wir bleiben beim bayerischen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag ist trotzdem eine gute Gelegenheit, um erstens einmal Lob für das beste Anwerbeprogramm zu zollen, was es überhaupt aus einem deutschen Land in der Welt geben kann, nämlich die Hightech Agenda Bayern. Die Hightech Agenda Bayern hat dafür gesorgt, dass sich unsere Hochschulen in den internationalen Rankings deutlich nach vorne geschoben haben. Die Hightech Agenda hat dafür gesorgt, dass wir weltweit einen Forscherzulauf haben. Die Hightech Agenda ist unser Anwerbeprogramm, unser Angebot an die Welt gewesen.

Wir haben insgesamt 1.000 Professorinnen und Professoren neu ermöglicht und Stellen dafür geschaffen. Bei den Stellen, die aus dem Ausland besetzt wurden, wurde immerhin ein Fünftel mit Personen besetzt, die aus den USA gekommen sind. Wir können feststellen, dass die Hightech Agenda in Bayern auch weltweite Resonanz bei Unternehmen gefunden hat. Unternehmen siedeln sich freiwillig im Freistaat Bayern an, weil sie hier Talente und die besten Köpfe vorfinden. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Dass es auf Bundesebene jetzt auch eine Hightech Agenda geben soll, ist richtig. An der Stelle lassen wir uns als Freistaat auch gerne kopieren.

Sie haben an der Stelle auch formuliert, dass das Einzige, was hier erkennbar hilft, das ist, was auf Bundesebene jetzt ins Auge genommen wurde, nämlich 1.000 zusätzliche Köpfe. Dieses Tausend-kluge-Köpfe-Programm gibt es, weil es in den Koalitionsverhandlungen mit bayerischer Handschrift verhandelt wurde, weil wir sehen, dass es hilft, wenn man zusätzliche Positionen und Möglichkeiten schafft. – Also, liebe Frau Weitzel, meine Empfehlung: Die bayerische Hightech Agenda ist das beste Angebot an die Welt. Dabei sollten wir bleiben, und dieses sollten Sie auch hier im Landtag unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag ist auch eine Gelegenheit, den bayerischen Hochschulen das Vertrauen auszusprechen; Kollege Piazolo hat es genauso wie der Kollege Bausback deutlich gemacht. Wir brauchen hier keine Konzepte. Unsere bayerischen Hochschulen brauchen keine Nachhilfe. Wir müssen hier jetzt keinen bürokratischen Prozess anleiern und planwirtschaftlich sagen, was notwendig ist; denn die bayerischen Hochschulen machen es längst. Wir haben übrigens den Bericht im Bayerischen Landtag schon gegeben. Der müsste in den Postfächern oder jedenfalls auf der Vollzugsliste dieser Woche zu finden sein.

Diese bayerischen Hochschulen haben sich alle auf den Weg gemacht, sich international aufzustellen. Der Hinweis ist übrigens richtig: Es gibt Hochschulautonomie auf der

einen Seite und den Verfassungsgrundsatz der Bestenauslese auf der anderen Seite. Es kann hier also nicht um ein Überholprogramm oder ein Bevorzugungsprogramm für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen, sondern es kann nur um den Wettbewerb um die besten Köpfe gehen. Diesen Wettbewerb, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir gerne an.

Der dritte Punkt geht die internationale Kooperation an. Auch dafür bietet der Antrag eine gute Gelegenheit, das hier einmal kurz darzustellen. Wir als Freistaat Bayern sind mit unseren Hochschulen in der Welt so vernetzt wie nur wenige andere in Deutschland. Wir leben von diesen Kooperationen, und ich will es hier noch einmal ganz deutlich sagen. Ich habe mit allen gesprochen: mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, mit der Max-Planck-Gesellschaft und mit den Hochschulen.

Von aggressiven Abwerbeprogrammen wird dort dringend abgeraten; denn man ist geradezu darauf angewiesen, dass wir mit den besten Institutionen der Welt zusammenarbeiten. Diese besten Institutionen der Welt sind nach wie vor auch und gerade in den Vereinigten Staaten zu finden. Wir wollen neben dem Zollstreit nicht auch noch einen Wissenschaftsstreit. Wissenschaft lebt nicht von Konfrontation, sondern von Kooperation.

Ich kann nur sagen: Am Ende des Tages brauchen wir auch bei uns in Deutschland mehr Vorfahrt für Wissenschaft. Ja, wir brauchen Fast-Track-Programme. Ja, die Visa-Prozesse dauern zu lange. Aber, liebe Frau Kollegin Osgyan, ich kann Ihnen gerne meine Briefwechsel mit der früheren Bundesaußenministerin zur Verfügung stellen. Wir haben das in den letzten vier Jahren angemahnt, und es ist nichts passiert. Es ist nichts bei der Frage passiert, wie man schneller dafür sorgen kann, dass die klugen Talente zu uns nach Deutschland kommen können.

Also: Hausaufgaben machen, dafür sorgen, dass Wissenschaft und Forschung besser ausgestattet sind und nicht bei jedem Thema mit neuen Berichtserfordernissen und bürokratischen Überlegungen um die Ecke kommen, sondern einfach diejenigen ma-

chen lassen, die es können. – Das sind unsere bayerischen Hochschulen; in diese sollten wir Vertrauen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Katja Weitzel vor.

Katja Weitzel (SPD): Herr Minister Blume, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie sich immer so auf Berlin stürzen. Sie scheinen da offensichtlich ein persönliches Problem zu haben. Wir haben beispielsweise auch Baden-Württemberg erwähnt; dieses Land wird von Ihnen wohl nicht so bewertet wie Berlin.

Ich will aber auf etwas ganz anderes hinaus. Sie haben noch einmal die Hightech Agenda angesprochen. Wir haben meines Wissens noch nie bestritten, dass Sie diese gut machen. Wenn aber dieser Antrag dazu führt, dass Sie Ihre Hausaufgaben im Maschinenraum der Wissenschaftslandschaft machen, nämlich im Mittelbau, und dort gute Strukturen schaffen, so wie es Frau Kollegin Osgyan auch schon angesprochen hat, dann, fände ich, wäre der Antrag schon allein deshalb richtig.

Es geht darum, Strukturen zu schaffen. In dem Antrag steht auch kein einziges Wort von aggressiver Abwerbung, sondern es geht darum, Strukturen zu schaffen.

Ich freue mich auch, wenn die Hausaufgaben für den Mittelbau von der Staatsregierung gemacht werden, um dort die Strukturen und Voraussetzungen für eine gute Wissenschaftslandschaft zu schaffen, damit auch ein Timothy Snyder solche Äußerungen nicht mehr von sich gibt.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Liebe Frau Kollegin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten drei Jahre in Deutschland waren leider verlorene Jahre für Wissenschaft und Forschung. Das muss man einfach einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir können das jetzt auch in Kürze nicht aufholen. Dennoch versuchen wir, am Ball zu bleiben.

Ich muss doch noch einmal ganz deutlich sagen: Die Hightech Agenda ist ja kein Professorinnen- und Professorenprogramm. Wir haben mit der Hightech Agenda auch 1.500 Stellen im Mittelbau geschaffen, also genau diejenigen Stellen, die das rare Gut sind.

Weil auch Kollegin Osgyan vorhin etwas angedeutet hat: Glaubt ernsthaft jemand, dass ein Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland kommt, weil er hört, dass es dort ein Wissenschaftszeitvertragsgesetz gibt, egal ob in der heutigen Form oder in irgendeiner modifizierten Form? – Nein, der kommt nur, wenn er weiß, dass es hier Regierungen und Umstände gibt, die zeigen, dass wir volle Kanne in Wissenschaft investieren, dass wir für Freiheit in der Forschung und in der Lehre sorgen und dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die auch nur ansatzweise mit denjenigen in den Vereinigten Staaten vergleichbar sind. Das hilft, aber alles andere hilft nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.